

Europa

Arbeitsprogramm 2025 der EU-Kommission – Analyse und Handlungsbedarf

vbw

Position
Stand: März 2025

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Europas neue Rolle in der Welt – das Arbeitsprogramm der Kommission von der Leyen II aus Sicht der bayerischen Wirtschaft

Unter dem Motto „Eine ambitioniertere, unkompliziertere und schnellere Union“ hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Februar 2025 das erste Arbeitsprogramm ihrer zweiten Amtszeit vorgelegt. Es spiegelt wider, dass die neue Kommission vor gewaltigen Herausforderungen steht. Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, hoher Energiekosten und des wachsenden globalen Wettbewerbs muss Europa zu neuer Stärke finden.

Für die bayerische Wirtschaft ist dabei entscheidend, dass die EU in Zukunft selbstbewusst als eigenständiger und stabilisierender Akteur in der Welt auftreten muss. Auch dem wachsenden Protektionismus und der drohenden Bi-Polarisierung der globalen Wirtschaft muss die EU entschieden entgegenreten. All dies kann jedoch nur einem wirtschaftlich starken Europa gelingen. Wir müssen weg von überbordender Bürokratie, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärken und gleichzeitig unsere Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen.

Mit der Bewertung des Arbeitsprogramms 2025 analysieren wir die Ziele und Planungen der EU-Kommission und stellen den Handlungsbedarf in den einzelnen Politikbereichen aus Sicht der bayerischen Wirtschaft dar.

Bertram Brossardt
28. März 2025

Inhalt

Position auf einen Blick	1	
1	Bewertung ausgewählter Initiativen	3
1.1	Neuer Plan für Europas nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit	4
1.2	Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit	12
1.3	Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken	15
1.4	Erhaltung unserer Lebensqualität: Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Natur	16
1.5	Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren	17
1.6	Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten	18
2	Zeitleiste	20
Ansprechpartner/Impressum		23

Position auf einen Blick

Wettbewerbsfähigkeit der EU wiederherstellen

Arbeit und Soziales

Richtigerweise verzichtet die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm auf neue sozialpolitische Initiativen. Vorgesehen ist lediglich ein neuer Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte. Es ist zu begrüßen, dass sich die Kommission für Zukunftskompetenzen stark macht. Insbesondere der geplante Ausbau der MINT-Förderung über die gesamte Bildungskette hinweg ist positiv. Das einheitliche digitale Meldeportal (sogenannte *eDeclaration*) ist eine Lösung, um die Entsendevoraussetzungen kurzfristig schneller und unbürokratischer bewältigen zu können.

Verteidigung

Angesichts der gegenwärtigen Bedrohungslage sowie der Tatsache, dass Europa sich bei der Verteidigung seiner Sicherheit nicht mehr auf die USA verlassen kann, muss die EU die Erhöhung ihrer Verteidigungsfähigkeit entschlossen und in enger Kooperation mit der NATO anpacken. Der Fokus auf das Thema Verteidigung ist deshalb richtig.

Nachhaltigkeit und Bürokratieabbau

Mit dem Omnibus-I-Paket hat die EU-Kommission einen ersten wichtigen Schritt unternommen, um die in weiten Teilen praxisferne und überladene Nachhaltigkeitsregulierung anzupassen. Das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Es fehlt jedoch jeder systematische Ansatz zur künftigen Bürokratievermeidung. Konkrete Initiativen zur Deregulierung und Vereinfachung beschränken sich auf die Reparatur einzelner missglückter Regelungen.

Technologische Innovationen

Die EU muss zu den großen internationalen Wettbewerbern aufschließen und möglichst weitgehende Souveränität erreichen. Die neuen Initiativen sind wichtig und bilden Grundlagen für die technologische Wettbewerbsfähigkeit der EU. Jedoch muss eine umfassende und dezidierte Strategie zu europäischen Schlüsseltechnologien entwickelt werden.

Energie- und Klimapolitik

Der *Clean Industrial Deal* rückt zu Recht die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in den Vordergrund. Die Ankündigungen gehen in die richtige Richtung, aber die Wirkung wird sich insbesondere an den Angeboten der USA messen lassen müssen. Beim *Aktionsplan für bezahlbare Energie* als Teil des *Clean Industrial Deal* wird die zügige und effiziente Umsetzung der Ankündigungen entscheidend sein.

Umwelt

Das Vereinfachungsziel im Rahmen der Chemikalienpolitik ist zu begrüßen. Wichtig ist ein risikobasierter Ansatz: Es muss im Rahmen einer Risikobewertung geklärt werden, ob und wie eine sichere Verwendung von Chemikalien möglich ist. Vereinfachungen sind auch in anderen Bereichen geboten: z. B. bei der Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten.

Mobilität

Bei der dringend erforderlichen Verbesserung der Tank- und Ladeinfrastruktur ist darauf zu achten, dass neben Pkw auch Lkw und Busse einbezogen werden.

Steuerpolitik

Die angekündigte Evaluation von Anti-Missbrauchsvorschriften könnte für eine wichtige Trendwende in Richtung einer pragmatischeren Steuerpolitik stehen. Insgesamt fehlen jedoch zukunftsorientierte Prioritäten und es wird an kritischen Initiativen festgehalten. Höchste Priorität sollte die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie haben, während Projekte wie Digitalsteuer oder Finanztransaktionsteuer gestrichen werden sollten.

Haushalt

Die EU strebt eine grundlegende Neuordnung ihrer Haushaltsstrukturen an, die bisher nur in groben Zügen steht. Mehr Fokus auf Kernaufgaben, Wachstum, Sicherheit und Effizienz ist unerlässlich. Vorstellungen zu neuen Eigenmittelquellen für die EU werden nur abstrakt genannt, konkretere Pläne bleiben abzuwarten.

Finanzmarkt

Die Kommission setzt auf eine *Savings and Investment Union* und die Überprüfung der Verbriefungsregulierung. Beides soll den europäischen Kapitalmarkt stärken und ist als Teil zukunftsorientierter Standortpolitik wichtig. Es ist darauf zu achten, dass diese Ziele nicht durch Verbraucherschutzvorschriften konterkariert werden; laufende Regulierungsvorhaben sind entsprechend zu korrigieren. Die Vorhaben bezüglich der betrieblichen Altersvorsorge sind abzulehnen.

Handelspolitik

Das Ziel der EU, Europas Integration in der Weltwirtschaft weiter zu stärken, ist zu begrüßen. Es ist richtig, auf den Abschluss neuer Abkommen und die Vertiefung bestehender Partnerschaften zu setzen, um die Resilienz der Wirtschaft durch Diversifizierung zu stärken und Wohlstand zu erhalten. Wichtig ist zudem, dass Europa sich für den regelbasierten Welthandel und für fairen Wettbewerb stark macht.

Migration

Die EU-Kommission hat erkannt, dass nur eine bessere Zusammenarbeit und ein abgestimmtes Vorgehen in der EU sowie mit den EU-Nachbarstaaten eine effektive Begrenzung der illegalen Migration bewirken kann. Es ist zu begrüßen, dass nicht nur auf die Ratifizierung und Umsetzung des GEAS durch die Mitgliedstaaten gesetzt wird, sondern dieser Prozess zeitgleich strategisch begleitet wird.

1 Bewertung ausgewählter Initiativen

Darstellung der für die bayerische Wirtschaft relevanten Vorhaben der Europäischen Kommission

Im Folgenden werden ausgewählte, für die bayerische Wirtschaft relevante Initiativen des Arbeitsprogramms 2025 der Europäischen Kommission dargestellt und bewertet. Der Fokus liegt dabei auf den neuen Initiativen (Anhang I). Gegebenenfalls werden auch Evaluierungen (Anhang II), anhängige Vorschläge (Anhang III) und Rücknahmen (Anhang IV) berücksichtigt.

Die Initiativen zielen laut Kommission darauf ab, Europa wettbewerbsfähiger, sicherer und wirtschaftlich widerstandsfähiger zu machen. Das Arbeitsprogramm gliedert sich in folgende Bereiche:

- Nachhaltiger Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit
- Verteidigung und Sicherheit
- Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken
- Unsere Lebensqualität erhalten
- Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren
- Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen
- Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten

Legende

● ● ● Vorrangig und dringlich mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit

● ● ○ Mittlere Priorität

● ○ ○ Nutzen für die Unternehmen gering / fraglich

○ ○ ○ Keine Priorität

1.1 Neuer Plan für Europas nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit

Unter der Überschrift *Neuer Plan für Europas nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit* werden alle Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb vorgestellt. Dazu zählen die Vertiefung des Binnenmarktes, die Unterstützung von Start-ups und Scale-ups, der Clean Industrial Deal, Maßnahmen für bezahlbare Energie, die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion, die Förderung von Biowirtschaft, nachhaltigen Verkehrssystemen, digitaler Infrastruktur sowie die Weiterentwicklung von KI, Quantentechnologien und der Raumfahrt.

Neue Initiativen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Kompass für Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Nicht-legislativ Veröffentlicht am 29.01.2025</p> <p>● ● ●</p>	<p>Die 26-seitige Mitteilung soll als Fahrplan dienen, wie die EU auf Grundlage der Empfehlungen von Mario Draghi wieder wettbewerbsfähig wird, und enthält die folgenden drei Handlungsschwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Innovationslücke schließen – Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit – Verringerung übermäßiger Abhängigkeiten und Stärkung der Sicherheit <p>Diese drei Säulen werden durch fünf horizontale Faktoren ergänzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vereinfachung – Abbau von Hindernissen für den Binnenmarkt – Wettbewerbsfähigkeit finanzieren – Kompetenzen und hochwertige Arbeitsplätze fördern – Bessere Koordinierung der politischen Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene <p>Bestandteile des Wettbewerbsfähigkeits-Kompass sind unter anderem die Omnibus-Verordnung zur Vereinfachung der Berichtspflichten, der Clean Industrial Deal und ein Aktionsplan für bezahlbare Energie (siehe unten).</p> <p>Im Bereich der Handelspolitik setzt der Kompass die richtigen Schwerpunkte. Konkrete Maßnahmen, wie die handelspolitischen Ziele erreicht werden sollen, lässt das Arbeitsprogramm jedoch in weiten Teilen offen. Insbesondere der Abschluss neuer Abkommen und die Vertiefung bestehender Partnerschaften muss strategisch und zügig angegangen werden.</p>

Erstes Omnibus-Paket Nachhaltigkeit

Legislativ

Veröffentlicht am 26.02.2025



Die derzeit bestehende Richtlinie und Verordnungen zur unternehmerischen Nachhaltigkeit sind komplex, kaum aufeinander abgestimmt und sorgen in der praktischen Umsetzung für eine massive bürokratische Belastung der Unternehmen. Die Omnibus-Verordnung setzt hier an und bringt erste entscheidende Maßnahmen auf den Weg, die insbesondere für KMU zu einer deutlichen Entlastung führen können.

Die neue Bagatellgrenze beim CBAM (Importeure, die unter 50 Tonnen CBAM-Produkte einführen) entlastet rund 90 Prozent der bisher betroffenen Unternehmen sowohl finanziell als auch beim bürokratischen Aufwand und ist sehr zu begrüßen. Solange sich die Wirksamkeit des CBAM nicht erwiesen hat, muss auf eine Ausweitung verzichtet werden und Entlastungstatbestände für energieintensive Unternehmen sind beizubehalten.

Zu begrüßen ist die geplante Reduzierung der Berichtspflichten in der Taxonomie und die Begrenzung des Kreises der direkt Verpflichteten. Letzteres dürfte nur begrenzt wirken, da die Berichtspflichten indirekt über Vertragspartner weitergegeben werden. Weitere Schritte für die praxisgerechte Ausgestaltung müssen daher zügig folgen.

Revision der Verordnung über nachhaltigkeits- bezogene Offenlegungs- pflichten

Legislativ

Geplant für Q4/2025



Die Sustainable-Finance-Regulierung muss praxisgerecht überarbeitet werden. Alle grundsätzlich nachhaltigen Aktivitäten müssen auch im Sinne der Taxonomie als solche dargestellt werden können. Es müssen behördenübergreifende, grenzüberschreitende Datenbanken geschaffen und die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben werden. Eine Taxonomie der Governance oder des Sozialen ist endgültig aufzugeben.

Digital-Paket

Legislativ

Geplant für Q4/2025



Die Vereinfachung der Gesetzgebung zur Digitalwirtschaft ist zwingend notwendig. Die Implementierung der neuen gesetzlichen EU-Vorgaben zum AI Act und Data Act stellen die deutsche Industrie vor enorme Herausforderungen, da große Rechtsunsicherheiten mit Blick auf den Anwendungsbereich und das Verhältnis zu anderen gesetzlichen Regelungen bestehen. Deshalb bedarf es sehr zeitnah einer bürokratiearmen und innovationsfördernden Durchführung. Auch schon länger bestehende Normen gehören in diesem Kontext auf den Radar, etwa die Datenschutzgrundverordnung.

EU Business Wallet

Legislativ
Geplant für Q4/2025



Ziel ist es, dass jeder Mitgliedstaat eine digitale Wallet anbietet, die es erlaubt, digitale Dokumente sicher zu verwahren, zu teilen und zu signieren. Das ist sinnvoll. Diese Wallets müssen EU-weit einsetzbar sein.

Clean Industrial Deal

Nicht-legislativ
Vorgelegt am 26.02.2025



Der *Clean Industrial Deal* ist ein lange erwartetes Maßnahmenbündel, mit dem sichergestellt werden soll, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität gewährleistet wird. Zu Recht will die EU neben bezahlbarer Energie (vgl. *Aktionsplan für bezahlbare Energie*) auch die Unterstützung in der Transformation erleichtern, beispielsweise über Anpassungen des Beihilfrechts, die Rohstoffsicherung unter anderem mit einer effizienten Kreislaufwirtschaft stärken. Auch die geplante Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Unterstützung von Schlüsseltechnologien wie Wasserstoff und CO₂-Abscheidung sind wichtig. Die Ankündigungen des *Clean Industrial Deals* gehen in die richtige Richtung, aber seine Wirkung wird sich insbesondere an den Angeboten der USA messen lassen müssen.

Aktionsplan für bezahlbare Energie

Nicht-legislativ
Vorgelegt am 26.02.2025



Der *Aktionsplan für bezahlbare Energie* als Teil des *Clean Industrial Deal* adressiert zentrale Themen: So erkennt die EU-Kommission darin ausdrücklich an, dass die Energiepreise viel zu hoch sind und bedient sich aus einem breiten Instrumentenkasten, um die Preise strukturell wieder auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen. Wichtige Punkte sind unter anderem der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetzinfrastuktur, Verfahrensbeschleunigungen, Stärkung von Effizienz- und Flexibilitätsmechanismen sowie insgesamt die Vertiefung der Energieunion. Entscheidend wird die zügige und effiziente Umsetzung der Ankündigungen sein, beispielsweise des *Industrial Decarbonisation Accelerator Act* für die Unterstützung der energieintensiven Industrie.

Von einer Aufteilung Deutschlands in Strompreiszonen muss abgesehen werden – dies würde auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU insgesamt schwächen.

EU Start-up und Scale-up Strategie

Nicht-legislativ
 Geplant für Q2/2025



Für erfolgreiche Start-ups und Scale-ups benötigen wir innovationsfreundliche, chancenorientierte Rahmenbedingungen, Verfügbarkeit von Risikokapital und eine gezielte Start-up Förderung mit Blick auf europäische Schlüsseltechnologien.

Die Initiative adressiert diese Aspekte, es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung erfolgt.

Spar- und Investitions-Union

Nicht-legislativ
 Vorgelegt am 19. März 2025



Ziel dieser Initiative ist ein EU-weit ausgeprägter Kapital- und Finanzmarkt, der dem internationalen Wettbewerb standhält und kapitalmarktbasierende Finanzierungen wachsender und sehr großer Unternehmen deutlich erleichtert. Es ist darauf zu achten, dass diese Ziele nicht durch Verbraucherschutzvorschriften konterkariert werden; laufende Regulierungsvorhaben sind entsprechend zu korrigieren.

Die EU-Kommission spricht sich in der Mitteilung zudem dafür aus, die private Altersvorsorge in den Mitgliedstaaten zu stärken. Mit Blick auf die betriebliche Altersvorsorge spricht man sich für sogenannte Auto-Enrollment-Modelle aus, die Beschäftigte automatisch in Betriebsrentensysteme einbeziehen würden. Zudem sollen Trackingsysteme mit Informationen über die individuellen Rentenansprüche und Übersichten über die Altersversorgung (Pension Dashboards) weiterentwickelt werden. Diese Vorhaben sind abzulehnen.

Überprüfung des Verbriefungsrahmens

Legislativ
 Geplant für Q2/2025



Der europäische Verbriefungsmarkt spielt vor allem auch regulatorisch bedingt keine Rolle. Deshalb werden verbriefte Papiere in der Regel aus anderen Kapitalmärkten heraus aufgekauft, was den wirtschaftlichen Einfluss auf EU-Unternehmen ebenso wie Erträge aus der EU heraus verlagert. Hier ist durch eine marktgerechte Verbriefungsregulierung gegenzusteuern.

Digital Networks Act

Legislativ
 Geplant für Q4/2025



Ziel ist eine moderne, digitale Infrastruktur basierend auf Glasfasertechnologie, drahtlosen und satellitengestützten Lösungen. Dabei sollen auch Fähigkeiten im Bereich 6G-Mobilfunk und Cloud Computing gestärkt werden. Ziel ist es, Marktanreize zu verbessern, Kosten zu reduzieren und die Kommunikationsmöglichkeiten der Nutzer (Wirtschaft, Verwaltung und Bürger) zu verbessern.

Die Initiative ist zu begrüßen. Dort, wo die Staaten den Ausbau der digitalen Netze fördern wollen, dürfen open access-Vorgaben keine Hürden aufbauen (Beispiel: Mastenförderprogramme von Bund und Freistaat).

AI Continent Action Plan

Nicht-legislativ
 Geplant für Q1/2025



Die Bündelung der KI-Aktivitäten in einem Aktionsplan ist zu begrüßen. Allerdings muss dies auch die Überarbeitung des AI Act im Sinne einheitlicher, bürokratiearmer und innovationsfördernder KI-Regelungen umfassen, die stärker auf Chancen fokussieren.

Quantum-Strategie der EU

Nicht-legislativ
 Geplant für Q4/2025



Quantentechnologie ist eine wichtige Technologie für die Europäische Union. Eine Quanten-Strategie sollte daher in eine (noch zu entwickelnde) Strategie für europäische Schlüsseltechnologien eingebettet werden.

Bioökonomie-Strategie

Nicht-legislativ oder legislativ,
 Geplant für Q4/2025



Die Überarbeitung der zuletzt 2018 angepassten Bioökonomie-Strategie ist dringend notwendig. Weiterhin muss auch der im Arbeitsprogramm 2024 angekündigte Biotech Act innovationsfreundlich und technologieoffen umgesetzt werden.

Gezielte Revision der REACH-Verordnung

Legislativ
 Geplant für Q4/2025



Die EU-Kommission will ohne Einschränkungen bei Sicherheit und Umweltschutz die Regelungen für die chemische Industrie vereinfachen. Das Vereinfachungsziel ist zu begrüßen. REACH betrifft die gesamte Wirtschaft. Wichtig ist die Beibehaltung eines risikobasierten Ansatzes: Es muss im Rahmen einer Risikobewertung geklärt werden, ob und wie eine sichere Verwendung von Chemikalien möglich ist. Das gilt auch für das laufende PFAS-Beschränkungsverfahren.

Sustainable Transport Investment Plan

Nicht-legislativ
 Geplant für Q3/2025



Die EU-Kommission will einen Rahmen zur Unterstützung nachhaltiger Kraftstoffproduktion und -verteilung schaffen. Es soll Maßnahmen geben, die die Tank- und Ladeinfrastruktur unterstützen und Vereinbarungen mit Drittstaaten einschließen. Eine Verbesserung der Tank- und Ladeinfrastruktur ist dringend erforderlich. Dabei ist darauf zu achten, dass neben Pkw auch Lkw und Busse einbezogen werden.

Anhängige Vorschläge

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Eine mit dem Binnenmarktinformationssystem verbundene öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern</p> <p>COM(2024)531 final 2024/0301 (COD)</p> <p>● ● ●</p>	<p>Wir begrüßen den Vorschlag zur Einführung eines einheitlichen, digitalen Meldeportals (sogenannte <i>eDeclaration</i>) zur Vereinfachung von Entsendemeldungen ausdrücklich.</p> <p>Aus unserer Sicht sind dabei folgende Punkte zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die eDeclaration muss europaweit einheitlich und verbindlich zur Anwendung kommen. Der freiwillige Ansatz der Kommission greift zu kurz. – Die eDeclaration sollte ein niederschwelliges, anwenderfreundliches Format erhalten (beispielsweise als App). – Die A1-Bescheinigung sollte integriert werden. <p>Die eDeclaration sollte (zumindest langfristig) auch für Staaten nutzbar sein, die nicht Mitglied der EU sind, insbesondere das Vereinigte Königreich und die Schweiz.</p>
<p>Green-Claims-Richtlinie</p> <p>COM(2023)166 final 2023/0085 (COD)</p> <p>○ ○ ○</p>	<p>Die Vorgaben zur Zertifizierung von Umweltaussagen gefährden insgesamt die Bemühungen der Wirtschaft, auf klimaneutrale Produkte zu setzen, und auch die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte, da der Verwaltungsaufwand für diesen Vorgang unverhältnismäßig ist und somit die anfallenden Kosten hoch sind.</p> <p>Sollte am Vorhaben festgehalten werden, dann sollte auf eine ähnliche Regelung wie bei der CE-Kennzeichnung abgestellt werden, bei der jeder Hersteller selbst für seine Garantie der CE-Konformität verantwortlich ist und nicht erst durch Dritte zertifiziert werden muss. Dies würde Anreize schaffen, korrekte Klimaaussagen zu treffen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu riskieren.</p>
<p>Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr</p> <p>COM(2023)533 final 2023/0323 (COD)</p> <p>● ● ○</p>	<p>Der Verordnungsentwurf soll die bisherige Zahlungsverzugs-Richtlinie ersetzen und schärfen sowie nationale Vorschriften stärker harmonisieren. Das Vorhaben ist aus Sicht der Wirtschaft zielführend, aber der Entwurf schränkt die Vertragsfreiheit zu stark ein, reguliert zu kleinteilig und schafft ohne Not neue Vollzugsbehörden. Die Verordnung darf nur entsprechend korrigiert weiterverfolgt werden.</p>

Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT)

COM(2023)532 final
 2023/0321 (CNS)



Der Richtlinienvorschlag will eine eigene Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer schaffen, die sehr viel bürokratischen Aufwand nach sich zieht und der Umverteilung dient. Das Vorhaben muss eingestellt werden.

Einführung des digitalen Euro

COM(2023)369 final
 2023/0212 (COD)



Der vorliegende Verordnungsentwurf zum Digitalen Euro fokussiert ganz auf den Retail-Euro. Das ist zu kurz gesprungen und die falsche Priorität. Der Fokus sollte stärker auf einen industrietauglichen Wholesale-Euro gerichtet werden, wie es mittlerweile auch die EZB tut.

Vorschlag für eine Richtlinie im Hinblick auf die Unionsvorschriften zum Schutz von Kleinanlegern

COM(2023)279 final
 2023/0167 (COD)



Die von der Kommission entwickelte Retail Investment Strategie will Anlagemöglichkeiten für Kleinanleger stärken, verfolgt aber Verbraucherschutzziele mit Mitteln, die tatsächlich Anlegerinteressen von Kleinanlegern beschädigen und außerordentlich hohen Bürokratieaufwand nach sich ziehen. Diese Ausrichtung muss korrigiert werden.

Restrukturierung der Rahmenvorschriften der Union zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom (Neufassung)

COM(2021)563 final
 2021/0213 (CNS)



Mit dieser Richtlinie soll insbesondere erreicht werden, dass die Energiebesteuerung (Strom, Kraft- und Heizstoffe, Prozessenergie) den jeweiligen CO₂-Output technologie-neutral und marktgerecht berücksichtigt. Die Richtlinie ist weitgehend durchverhandelt, berücksichtigt aber etwa Wasserstofftechnologien noch nicht hinreichend. Im Zuge der Klimatransformation ist das Projekt vordringlich.

Gemeinsames System einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen

COM(2018)148 final
 2018/0073 (CNS)



Die Richtlinie würde digitale Geschäftsmodelle großer Unternehmen stark belasten und richtet sich damit auch gegen perspektivreiche Unternehmen aus der EU. Sie ruht seit längerem zu Recht, aber vor dem Hintergrund der aktuellen Aktivitäten ist ein Wiederaufflammen der Diskussion über eine Digitalsteuer denkbar. Um Verunsicherung zu vermeiden, ist das Vorhaben zurückzuziehen.

Festlegung von Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung einer signifikanten digitalen Präsenz

Wie oben.

COM(2018)0147 final
2018/0072 (CNS)

Ermächtigung zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer

Eine Finanztransaktionssteuer ist standortpolitisch nicht vertretbar. Das Vorhaben muss aufgegeben werden, wird aber in der Eigenmitteldebatte immer wieder genannt.

COM(2013)71 final
2013/0045 (CNS)



Um Verunsicherung zu vermeiden, ist das Vorhaben zurückzuziehen.



1.2 Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit

Im Kapitel *Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit* stellt die Kommission die Krisenvorsorge und Verteidigungsbereitschaft Europas in den Mittelpunkt. Hierzu wurde ein *Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung* vorgelegt. Weitere Initiativen sind eine *Preparedness Union Strategy*, Maßnahmen zur Bekämpfung von Gesundheitsbedrohungen, eine EU-Bevorratungsstrategie, ein *Critical Medicines Act* sowie eine neue europäische Strategie für innere Sicherheit. Damit sollen Bedrohungen wie Cyberkriminalität und hybride Angriffe abgewehrt werden.

Neue Initiativen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Verteidigung</p> <p>Nicht-legislativ Vorgelegt am 19. März 2025</p> <p></p>	<p>Die Veröffentlichung des Weißbuchs ist zu begrüßen. Die EU muss sich in die Lage versetzen, sich selbst aus eigener Kraft verteidigen zu können. Benötigt dafür werden unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Eine erhöhte Interoperabilität der Waffensysteme. – Mehr Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Rüstung von Forschung und Entwicklung bis hin zur Beschaffung innerhalb Europas. – Die Klarstellung, dass Investitionen in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nachhaltig und mit der Taxonomie vereinbar sind. – Mehr Ausgaben für Verteidigung. Dies darf nicht mittels der Aufnahme gemeinsamer Schulden erfolgen. Stattdessen gilt es, Prioritäten innerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens zu setzen. <p>Bei allen Schritten muss die EU auf die enge Kooperation mit der NATO setzen. Zudem muss sie sich auf die großen Linien konzentrieren und von kleinteiligen, bürokratischen Regelungen bis ins letzte Detail absehen.</p>
<p>Gemeinsames Vorgehen bei Abschiebungen</p> <p>Legislativ Vorgelegt am 05. März 2025</p> <p></p>	<p>Die EU-Kommission plant einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung von effektiveren und beschleunigten Abschiebungsverfahren für Menschen ohne Aufenthaltsrecht in der EU. Dieser beinhaltet auch die verstärkte Zusammenarbeit und Abschiebeabkommen mit Drittstaaten. Das ist ein deutliches Zeichen gegen illegale Migration und soll das GEAS flankieren.</p>

Europäische Migrations- und Asylstrategie

Nicht-legislativ

Geplant für Q4/2025



Die Europäische Migrations- und Asylstrategie soll die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) strategisch und koordiniert begleiten.

Die Umsetzung des GEAS bis 2026 sowie eine koordinierte Begleitstrategie sind dringend notwendig, um die illegale Migration nach Europa mit gemeinsamen Anstrengungen einzudämmen.

Evaluierungen

Europäischer Verteidigungsfonds

Geplant für Q1-Q2/2025



Die Evaluierung ist notwendig und muss darauf abzielen, die Vorgaben für den Zugang zu Finanzierungslösungen stark zu vereinfachen und weniger bürokratisch zu gestalten. Das zur Verfügung stehende Finanzierungsvolumen muss deutlich erhöht werden.

Verbringung von Verteidigungsgütern innerhalb der EU

Geplant für Q4/2025



Die Evaluierung ist zu begrüßen. Es muss darum gehen, der Fragmentierung des EU-Rüstungsmarkt entgegenzuwirken. Insbesondere fehlen ein gemeinsamer Binnenmarkt, gemeinsame Standards und gemeinsame Kriterien für den Export.

Anhängige Vorschläge

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie – EDIP</p> <p>COM(2024)150 final 2024/0061(COD)</p> <p>● ● ●</p>	<p>Die Verabschiedung des Programms für die Europäische Verteidigungsindustrie ist überfällig.</p> <p>Die Möglichkeiten zur Gemeinsamen Beschaffung in Europa müssen stark vereinfacht werden. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie muss von bürokratischen Vorgaben entlastet werden, die es den Unternehmen häufig erschweren, Zugang zu Finanzierungslösungen zu erhalten und Projekte umzusetzen. Abzulehnen sind Lösungen, bei denen die EU-Kommission eigenmächtig Fähigkeitslücken identifiziert und über europäische Beschaffungen entscheidet.</p>
<p>Mindeststandard mit Blick auf Einreise, Durchreise und Aufenthalt</p> <p>COM(2023)755 final 2023/0439 (COD)</p> <p>● ● ○</p>	<p>Die bestehende Gesetzgebung (TFEU) soll modernisiert und gestärkt werden, in dem ein europäischer Mindeststandard mit Blick auf Einreise, Durchreise und Aufenthalt in der EU festgelegt wird. Diese Änderung wird flankiert durch eine weitere rechtliche Anpassung in Bezug auf die europäische Polizeiarbeit (siehe nachfolgend). Dies soll nachhaltig den unerlaubten Grenzübertritt, Durchreise und Aufenthalt in der EU unterbinden, ebenso wie kriminelle Handlungen wie Schmuggel (Menschen, Waffen, Drogen) sowie Menschenhandel.</p>
<p>Verbesserungen bei zwischenstaatlichen Polizeikooperationen innerhalb der EU und Unterstützung durch Europol</p> <p>COM(2023)754 final 2023/0438 (COD)</p> <p>● ● ○</p>	<p>Die bestehende Gesetzgebung (TFEU) ist anzupassen, um eine Verbesserungen bei zwischenstaatlichen Polizeikooperationen innerhalb der EU und Unterstützung durch Europol zu erreichen. Dadurch soll der Menschenhandel und die Schleuserkriminalität besser verhindert, aufgedeckt und aufgeklärt werden.</p>

1.3 Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken

Mit dem Titel *Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken* werden ein neuer Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte sowie ein Pakt für sozialen Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern angekündigt. Weitere Schwerpunkte sind die kulturellen und kreativen Industrien, die Bekämpfung von Qualifikations- und Arbeitslücken sowie die Verbraucherschutzagenda 2025 – 2030.

Neue Initiativen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Kompetenzunion (Union of Skills)</p> <p>Vorgelegt am 05. März 2025</p> <p>● ○ ○</p>	<p>Die geplante Kompetenzunion soll Qualifikationsdefizite und Fach- und Arbeitskräftedefizite beseitigen und sicherstellen, dass die Unternehmen Zugang zu den qualifizierten Arbeitskräften haben, die sie benötigen, um ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Eine Initiative zur Übertragbarkeit von Qualifikationen sollte die Mobilität von Beschäftigten fördern und notwendige Anerkennungsverfahren vereinfachen. Zusätzlich soll sichergestellt werden, dass Bildungs- und Ausbildungssysteme hochwertig und inklusiv sind, sowie lebenslanges Lernen ermöglichen.</p> <p>Es ist zu begrüßen, dass sich die Kommission für Zukunftskompetenzen stark macht. Insbesondere der geplante Ausbau der MINT-Förderung über die gesamte Bildungskette hinweg ist positiv. Zentral ist, dass die Mitgliedstaaten hauptverantwortlich bleiben und dies bei der Einrichtung neuer Governance-Strukturen, vor allem bei der Einbindung der Sozialpartner auf nationaler Ebene, berücksichtigt wird.</p> <p>Einige geplante Initiativen sind kritisch, wie etwa die Implementierung individueller Lernkonten sowie eine Kompetenzgarantie für Beschäftigte. Berufliche Weiterbildung muss sich immer am konkreten Bedarf orientieren. Politisch vorgegebene Weiterbildungsansprüche gehen in den meisten Fällen am Bedarf vorbei. Auch die geplante Entwicklung eines Europäischen Berufsbildungsabschlusses sowie die Ausweitung der <i>EU Skills-Academies</i> sind kritisch zu bewerten, weil hier kein echter Nutzen erkennbar ist.</p>

Anhängige Vorschläge

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Revision Europäische-Betriebsräte-Richtlinie</p> <p>COM(2024)14 final 2024/0006 (COD)</p> <p>○ ○ ○</p>	<p>Ziel dieses Vorhabens ist die Erweiterung der Rechte der Europäischen Betriebsräte, die Beteiligung von Gewerkschaften, die Verpflichtung von Unternehmensleitungen zu mehr Konsultationen mit den Europäischen Betriebsräten und die Erleichterung der Durchsetzung mittels gerichtlicher Beschwerdemöglichkeiten und finanzieller Sanktionen.</p> <p>Das Vorhaben konterkariert Bestrebungen, die EU in Zukunft wettbewerbsfähiger aufstellen zu wollen und ist deshalb insgesamt abzulehnen.</p>
<p>Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Praktikanten (Traineeships Directive)</p> <p>COM(2024)132 final 2024/0068 (COD)</p> <p>● ● ○</p>	<p>Der Vorschlag für die Richtlinie basiert auf dem Grundsatz, Praktikanten, was Arbeitsbedingungen und Bezahlung betrifft, gleich zu behandeln wie reguläre Arbeitnehmer. Das Vorhaben der EU sieht umfassende Informationspflichten der Arbeitgeber auf Anfrage der zuständigen Behörde sowie Sanktionen bei Nicht-Umsetzung der Richtlinie vor. Die EU-Kommission möchte damit Arbeitsverhältnisse bekämpfen, die zum Schein als Praktika getarnt sind.</p>

1.4 Erhaltung unserer Lebensqualität: Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Natur

Im Kapitel *Erhaltung unserer Lebensqualität: Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Natur* geht es unter anderem um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft. Aufbauend auf dem Strategischen Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft soll eine *Vision für Landwirtschaft und Ernährung* entwickelt werden. Zudem wird ein *Ozean-Pakt* für eine umfassende Meerespolitik und Maßnahmen zur Wasserwiderstandsfähigkeit angekündigt.

Neue Initiativen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>European Water Resilience Strategy</p> <p>Geplant für Q2/2025</p> <p>● ● ○</p>	<p>Die EU-Kommission will für eine ausgewogene Nutzung der Ressource Wasser neben Knappheiten und Umweltbelangen auch regionale und sektorspezifische Herausforderungen beachten und die Wettbewerbsfähigkeit der Wasserwirtschaft stärken. Diese differenzierte Herangehensweise ist zu begrüßen. Die wirtschaftliche Fortführung und Weiterentwicklung der die Gewässer nutzenden Unternehmen ist bei der Umsetzung wasserwirtschaftlicher Ziele zu gewährleisten.</p>

1.5 Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren

Die Kommission betont, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte das Fundament der EU bilden, die aber in unserer polarisierten Welt nicht selbstverständlich sind. Sie verspricht, ihre Arbeit zum Schutz vor Bedrohungen wie Extremismus, Einschüchterung von Journalisten, Wahlmanipulation und Desinformation zu verstärken. Mit dem *Democracy Shield* sollen demokratische Prozesse besser geschützt werden. Zudem will die Kommission die Zivilgesellschaft stärker unterstützen, einen Fahrplan für Frauenrechte veröffentlichen und neue Strategien gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen und Rassismus entwickeln.

Rücknahmen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>ePrivacy-Verordnung</p> <p>COM(2017)10 final 2017/0003 (COD)</p>	<p>Wir begrüßen die geplante Rücknahme des Entwurfes für eine ePrivacy-Verordnung. Diese birgt viele Risiken für die Wirtschaft, verhindert Innovationen und führt dadurch zu einem Wettbewerbsnachteil für den Standort Europa. Aus unserer Sicht werden die Sachverhalte, die durch die ePrivacy-VO geregelt werden sollen, bereits durch die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) erfasst. Eine zusätzliche sektorspezifische Regelung für den Telekommunikationsbereich ist daher überflüssig. Ansonsten würden zwei unterschiedliche Datenschutzregulierungen nebeneinander bestehen, was die Umsetzung in der Praxis massiv erschweren würde.</p>

1.6 Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten

Die Kommission will einen neuen, langfristigen EU-Haushalt vorlegen, der flexibler, gezielter und schlagkräftiger sein soll. Für die größte EU-Erweiterung seit 21 Jahren sollen *Pre-Enlargement Policy Reviews* Lücken identifizieren und sicherstellen, dass die EU auch mit einer größeren Zahl Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt. Zudem stellt die Kommission eine engere Zusammenarbeit mit Parlament und Rat, mehr Transparenz und besseren Informationsfluss in Aussicht.


Neue Initiativen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Post-2027 Multiannual Financial Framework proposals</p> <p>Legislativ Geplant für Q3/2025</p> <p>● ● ●</p>	<p>Die Kommission will der EU neue Eigenmittel erschließen, die Ausgabenprogramme auf drei Fonds reduzieren und neue Ausgabenprioritäten setzen. Ein klarer Fokus des EU-Haushalts auf Kernaufgaben, Wachstum, Sicherheit und Effizienz ist unerlässlich. Eine Konkretisierung steht noch aus. Aufgaben und Haushaltsmittel müssen in der EU und national zueinander ausgewogen bleiben. Steuern und Abgaben dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Unternehmen nicht beschädigen. Insbesondere muss auf Lenkungsabgaben und zusätzliche Belastungen verzichtet werden.</p>

Evaluierungen

Vorhaben	Handlungsbedarf
<p>Evaluation of the Anti-tax Avoidance Directive (ATAD)</p> <p>Geplant für Q4 2025</p> <p>● ● ●</p>	<p>Die ATAD soll missbräuchliche Steuergestaltungen verhindern. Die Vorschriften schießen in Teilen deutlich über das Ziel hinaus und behindern europäische Unternehmen im Wettbewerb. Hier muss vor allem angesichts steuerpolitischer Ziele der USA rasch ein vertretbares Maß hergestellt werden.</p>

Anhängige Vorschläge

Vorhaben	Handlungsbedarf
Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2021/768 im Hinblick auf Durchführungsmaßnahmen für neue Eigenmittel der EU COM(2022)102 final 2022/0072 (APP)	Die Eigenmitteldebatte wird mit der Neuausrichtung des EU-Haushalts kurzfristig Fahrt aufnehmen. Die bisher dazu entwickelten Vorschläge waren sehr kritisch (vgl. oben) und sind zurückzuziehen. Neue Vorschläge müssen auf Wachstumsziele ausgerichtet werden.
	

2 Zeitleiste

Alle neuen Initiativen des Arbeitsprogramms 2025 im zeitlichen Verlauf

Q1 2025	Q2 2025	Q3 2025	Q4 2025
Nachhaltiger Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit			
Competitiveness Compass	Single Market Strategy	Sustainable Transport Investment Plan	Revision of the Sustainable Finance Disclosure Regulation
First Omnibus package on sustainability	Third Omnibus package		Digital package
Second Omnibus package on investment simplification	EU Start-up and Scale-up Strategy		European Business Wallet
Clean Industrial Deal	Review of the Securitisation Framework		Industrial Decarbonisation Accelerator Act
Action plan on affordable energy	Quantum Strategy of EU		Digital Networks Act
Communication on a Savings and Investments Union	EU Space Act		Bioeconomy Strategy
AI Continent Action Plan			Targeted revision of the REACH Regulation
Roadmap towards ending Russian energy imports			

Zeitleiste

Q1 2025	Q2 2025	Q3 2025	Q4 2025
Verteidigung und Sicherheit			
White Paper on the Future of European Defence	Strategy to support medical counter-measures		New rules on drug precursors
EU Preparedness Union Strategy	EU Stockpiling Strategy		Firearms Trafficking Directive
Critical Medicines Act			European Migration and Asylum Strategy
New European Internal Security Strategy			
Action plan on the cybersecurity of hospitals			
New common approach on returns			
Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken			
Union of Skills			Action plan for European Pillar of Social Rights
			Quality jobs roadmap
			2030 Consumer Agenda
Unsere Lebensqualität erhalten			
European Climate Law amendment	Common Agricultural Policy simplification package		
Vision for Agriculture and Food	Ocean Pact		
	European Water Resilience Strategy		

Zeitleiste

Q1 2025	Q2 2025	Q3 2025	Q4 2025
Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren			
	Roadmap for Women's Rights		New equality strategies for LGBTIQ Anti-racism
Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen			
	EU strategic approach to the Black Sea Joint Communication on EU-India Agenda	Pact for the Mediterranean	
Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten			
		Post-2027 Multi-annual Financial Framework proposals	An EU fit for enlargement (tbd)

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Manuel Schölles

Leiter Verbindungsbüro Brüssel

Telefon 089-551 78-301
manuel.schoelles@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw März 2025